

Traktandum 3 / Beilage 1:

Delegiertenversammlung der Grünen Partei Schweiz

Missione Cattolica Italiana, Bern

Samstag, 16. Januar 2010

Protokoll

Präsident: Blaise Kropf, Präsident der Grünen Kanton Bern

Dauer: 10h30 – 16h15

Anwesend: ca. 190 Personen (170 mit Stimmrecht)

Entschuldigt: Josef Lang (morgens), Nationalrat Kt. Zug, Adèle Thorens Goumaz, Nationalrätin Waadt, Luzius Theiler, GPB-BE, Daniel Vischer, Nationalrat ZH

Wahl der StimmenzählerInnen: Gregor Zimmermann, Natalie Imboden, Esther Maag, Katja Krtschek und Dominique Schraft

1. ERÖFFNUNG

Blaise Kropf, Präsident der Grünen Kanton Bern, Regula Rytz, Direktorin für Tiefbau, Verkehr und Stadtgrün und Bernhard Pulver, Erziehungsdirektor des Kantons Bern begrüssen die Delegierten und heissen sie im Namen der Berner Grünen herzlich willkommen. Seit den Wahlen 2006 haben Kanton und die Stadt Bern eine rot-grüne Mehrheit und die Zielsetzungen und realisierten Projekte werden an der Delegiertenversammlung vorgestellt. Regula Rytz führte zudem Interessierte durch das Areal des neuen Bahnhofplatzes, ein Projekt, dessen Realisierung sie begleitet hat.

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 19. September 2009 in St. Gallen wird mit einer kleinen Korrektur genehmigt: Namensänderung: Thomas Leitlein (nicht Leitmann)

Ein Dankeschön an die beiden Verfasserinnen, Bénédicte Savary und Monika Loosli

Ein Willkommensgruss auch von Ueli Leuenberger, Präsident der Grünen Schweiz: Nach Kopenhagen ist das Jahr 2010 entscheidend. Auf internationaler Ebene müssen sich die westlichen Länder bewusst werden, dass konkrete und unverzügliche Schritte zur Bekämpfung der Klimaerwärmung unumgänglich sind, und müssen die Notwendigkeit einer Reduktion akzeptieren. Die Schweiz darf nicht unter die Ziele von Kopenhagen gehen! Klimainitiative, Energieeffizienz, erneuerbare Energien und der Kampf gegen die Atomenergie werden die Hauptthemen dieses Jahres sein, ohne dabei die soziale Solidarität und die Bekämpfung von Armut, sozialer Isolation und Arbeitslosigkeit aus den Augen zu verlieren.

2010 bedeutet auch ein wichtiges Jahr für die Partei: Der Präsident ruft auf zum vereinten Kampf gegen die Multikrise unserer Gesellschaft und gegen populistische Tendenzen. Ausserdem stehen in den Kantonen viele entscheidende Wahlen an.

Im Hinblick auf das Wahljahr 2011 verbleiben noch 21 Monate, um die Positionen der Grünen zu stärken und die Wählerschaft mit einem starken innovativen Programm, das auf einer analytischen Lagebeurteilung basiert, zu erweitern. Er wünscht den Delegierten interessante und belebende Debatten, insbesondere für die Gleichstellungsdebatte, die am Nachmittag auf dem Programm steht. Aline Trede, Vizepräsidentin, beschliesst die Begrüssungsreden: Das wichtige sei jetzt Nach-Kopenhagen und die Wahlen 2011, dabei sind die Jungen zu berücksichtigen. Das Glas sei halbvoll, nicht halbleer.

2. STATUTARISCHES

Vorstandswahlen:

Der Präsident bedankt sich bei den Abtretenden für ihren Einsatz für den grünen Vorstand: Dieser stellt nach der DV das wichtigste Parteiorgan dar. Diese Arbeit im Hintergrund wird mit Beifall verdankt.

Nicole Graber (VD) wird als Nachfolgerin von Catheline Reymond durch Ximena Kaiser Morris vorgestellt: bereits Waadtländer Delegierte, seit 6 Jahren, im Gemeinderat von Lausanne seit 2006, Landschaftsarchitektin und Mitglied des Vorstandes von Pro Natura VD.

Nicole Graber wird mit Beifall gewählt.

Philipp Federer (LU) als Nachfolger von Adi Blum wird durch Christof Studhalter vorgestellt: Nach dem Theologiestudium unterrichtete er Religion und Ethik, er ist Vollblutpolitiker, sehr umweltbewusst, setzt sich für soziale Themen ein, langjähriger Luzerner Grüner mit Sitz im Stadtparlament seit 2003.

Philipp Federer wird mit Beifall gewählt.

3. INFORMATIONEN

Fraktion

Maya Graf, Nationalrätin BL und Fraktionspräsidentin, berichtet über die Wintersession: Beim Budget haben die Grünen Position bezogen gegen eine Finanzordnung, die Steuergeschenke macht, und mit einer kalten Progression agiert ohne Lösungsvorschläge für die Mindereinnahmen anzubieten. Die grünen Vorschläge wurden alle zurückgewiesen, aber man setzt sich weiterhin ein für erneuerbare Energien, für eine Senkung der Basisabgaben..., Ein Vorwärtsschritt: die Anhebung der Bezahlung zum Selbstkostenpreis wurde erreicht durch einen Kompromiss (Bindung an die Wasserzinse). Ein Erfolg ist zu erwähnen: die Verlängerung des 3-Jahres-Gentech-Moratoriums. Die Steuerrevision des Arbeitslosengesetzes sieht einen Sanierungsplan vor, der fast ausschliesslich auf dem Rücken der Versicherten ausgetragen wird und die SVP profitiert von der Situation, um die Personenfreizügigkeit anzugreifen. Die Grünen überlegen sich, zusammen mit der SP eine Sondersession zur Arbeitslosigkeit einzuberufen.

3 Stimmen haben gefehlt, um die Alpenkonvention zu ratifizieren - ein schlechtes Vorzeichen.

Man spricht von Flopenhagen, sie zieht ihrerseits den Begriff Hopenhagen vor: die grüne Delegation konnte zahlreiche Kontakte knüpfen und internationale Beziehungen pflegen, es ist erfreulich seine Anliegen auf praktisch weltlichem Niveau miteinander zu teilen, selbst wenn die Beschlüsse weit von den Zielen entfernt sind.

Schliesslich gab es zahlreiche Feste im Parlament: Präsidien im Nationalrat, im Ständerat und im Bundesrat mit 3 gewählten Frauen. Die grüne Fraktion hat fast 100 Personen am Weihnachtsapéro

Sekretariat :

Yann Golay, Co-Generalsekretär, zieht eine erste Bilanz nach 3 Monaten: Miriam und er können jederzeit auf eine leistungsfähiges und motiviertes Team zählen, aber die Mittel sind zu begrenzt, um allen Anforderungen gerecht zu werden.

4. BUDGET 2010

Das Budget wird präsentiert:

Kuno Kaelin, Kassier, stellt das Budget vor und kommentiert die verschiedenen Budgetposten, welche auf dem verteilten Dokument ersichtlich sind. Die finanzielle Unterstützung durch Bund für die Fraktion wurde im Dez. angehoben, dies erlaubt zum ersten Mal die Schaffung von Reserven.

Die Situation im Sekretariat hat sich verbessert. Die Unterstützung der Fraktion wird weiterhin ausgebaut, auch die Kantone werden profitieren können. Die Geschäftsleitung wird im Frühjahr einen Vorschlag ausarbeiten. Man wird darauf bedacht sein, die eingestellten Arbeitnehmer zu behalten und sie nicht wegen der Entwicklung der Situation kurzfristig wieder entlassen zu müssen, kurz es gilt, die Beschäftigungssituation fortschrittlich und nachhaltig auszurichten.

Um die Transparenz zu verbessern werden die Posten detaillierter aufgelistet. Der Akzent wird gesetzt auf Klimainitiative, grünen Strom ohne Atom, den öffentlichen Verkehr sowie die Unterstützung der Jungen Grünen mit Fr. 30000.00 (hauptsächlich für Lohnkosten Sekretariat). Es werden Rückstellungen für neue Personalkosten gemacht.

Es folgen einige Fragen und Bemerkungen, hauptsächlich zu Budgetposten für das Anstellungsprozedere, für Übersetzungskosten zum Positionspapier einschliesslich italienisch, es soll darauf geachtet werden, dass die Landschaftsinitiative und „4x4“ bei Bedarf aktiviert werden können... Antrag der Grünen Baselland: Zurückweisung der Erhöhung der Arbeitsprozente für das Dossier Gleichstellung auf 30%: Sie finden diese Erhöhung verfrüht, vor allem im Hinblick auf die Gewichtung der anderen Dossiers. Eine lange Diskussion folgt, ebenso die Präzisierung, dass es sich nur um eine Erhöhung von 10% handelt, der Posten beinhaltet bereits 20 Arbeitsprozente.

Ueli Leuenberger schliesst die Diskussion: Beim Vorschlag durch den Vorstand handelt es sich vielmehr um eine bereits getroffene Entscheidung, die nicht zur Abstimmung hätte kommen dürfen. Die Akzente auf Umwelt und Soziales werden im Zentrum der nächsten Diskussionen über die Verstärkung im Sekretariatsteam stehen.

Konsultativabstimmung zu diesem Antrag von BL :

Der Antrag wird mit 87 gegen 71 Stimmen verworfen mit 14 Enthaltungen

Abstimmung zum Budget wie vorgeschlagen :

Das Budget wird angenommen mit 163 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme bei 11 Enthaltungen

5. ABSTIMMUNGSPAROLEN ZUM 7. MÄRZ 2010:

Bundesbeschluss zu einem Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen

Maya Graf: Der Vorteil des Artikels besteht in der Kompetenzzuweisung an den Bund, damit können zentrale Prinzipien konstitutionell verankert werden, um die Forschung am Menschen zu regeln. Die Forschungsfreiheit wurde bereits im Art. 20 abgedeckt, hier handelt es sich um den Schutz der Subjektforschung (Art. 118b).

Das Dilemma: Dieser Artikel enthält eine Verfügung (al. 2c) die eine Forschung an urteilsunfähigen Menschen zulässt, einschliesslich der Forschung ohne direkten Nutzen für sie (oft fundamentale Forschung). Dies war vorher nicht der Fall. Es stellt sich die Frage: Ist ein Artikel akzeptabel, der die grundsätzlich wünschbaren Prinzipien regelt und dafür einen Teil des Schutzes der Schwächsten opfert? Soll man alles zurückweisen?

Im Nationalrat war die Stimmverteilung 114 gegen 61 mit 18 Enthaltungen. Der Vorstand empfiehlt die Stimmfreigabe.

Laurent Rebeaud, VD: Die gleiche Debatte findet im Kanton statt, die Waadtländer Grünen haben sich auf die Annahme geeinigt.

Andreas Kyriacou, ZH: In Zürich ebenso, auch wenn eine Akzeptanz dieser Art von Forschung etwas zynisch anmutet.

Philipp Schoch, BL: Dies ist ein zu wichtiger Bereich, als dass die Grünen keinen klaren Standpunkt vertreten. Man muss diesen Verfassungsartikel ablehnen, diese Art Forschung ist nicht annehmbar.

Martin Künzler, ZH: Ist auch dafür, Stellung zu nehmen und diesen Artikel abzulehnen, er denkt insbesondere an die psychologische Forschung.

Pia Hollenstein, SG: Sie erinnert daran, dass in Basel die Nein-Parole beschlossen wurde.

Ueli Müller, Effretikon : Zwischen al2a (ausdrückliche Einwilligung oder Ablehnung) und dem 2c gibt es ein Problem: wer gibt die Zustimmung bzw. wer hat das Recht der Ablehnung für diese Personen?

Martin Stuber, ZG: Wenn formuliert wird, dass Risiken und Belastungen minimal sein müssen, falls die Forschung ohne direkten Nutzen bleibt, deutet das an, dass andernfalls grössere Risiken und Belastungen in Kauf genommen werden? Deshalb nein.

Nach der Diskussion schlägt Blaise Kropf vor, in 2 Etappen zu wählen:

Wahl über den Verfassungsartikel : 70 Ja-Stimmen, 76 Nein-Stimmen, 26 Enthaltungen

2. Wahl : Stimmfreigabe vs. Ablehnung des Verfassungsartikel:

Die Delegierten empfehlen die Stimmfreigabe mit 106 zu 66 Stimmen bei einer Enthaltung

Aufruf für finanzielle Unterstützung für die Nidwaldner Grünen: Ueli Leuenberger ruft zur Unterstützung der Nidwaldner Grünen auf, die ihren grünen Sitz in der kantonalen Exekutive zu verteidigen haben: Claudia Dillier's Landratssitz vom 7. März. Eine Kollekte ist am Ausgang organisiert. In Anbetracht der Programmverspätung wird die Pause auf 45 Min. gekürzt, die DV wird um 14h30 wieder aufgenommen.

Volksinitiative «Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tierschutzanwalt-Initiative)»

Luc Recordon, CdE VD: Einen Tierschutzanwalt finden viele übertrieben. Die Formulierung führt zu Verwirrung in der Romandie, es handelt sich vielmehr um einen Staatsanwalt. Die Initiative regelt den Rechtsschutz von Tieren als empfindungsfähige Lebewesen. Eine Analyse zeigt dass dies einerseits bescheidene Kosten verursacht, andererseits funktioniert der Tierschutz nur in einem angemessenen Miteinander, er wird je nach Kanton unbefriedigend angewendet, die Veterinärmediziner melden schwerwiegende Fälle selten. Deshalb braucht es einen Anwalt für diese Meldepflicht und eine eidgenössische Bestimmung um die Kantone dazu zu nötigen, das Gesetz anzuwenden. Luc appelliert energisch für ein Ja.

Die Delegierten beschliessen die Ja-Parole mit einer deutlichen Mehrheit (7 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen)

Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG; Mindestumwandlungssatz)

Katharina Prelicz-Huber, NR ZH: Es handelt sich um eine Senkung des Umwandlungssatzes zur Berechnung der künftigen Pensionskassenrente auf der Basis des vorhandenen Alterskapitals. Dies führt zu einer Rentenkürzung.

Als erstes Argument wird die Kompensation der demographischen Bevölkerungsentwicklung ins Feld geführt, dabei wurde im Rahmen der 2003 erfolgten Revision dieser Kompensation mit einer progressiven Absenkung (von 7.2 auf 6.8%) bis 2014 und einer Senkung des Mindestzinssatzes von 4 auf 2% bereits Rechnung getragen. Eine weitere Reduktion auf 6.4% bis 2015 hat schwerwiegende Konsequenzen: Das bedeutet beispielsweise, dass eine 50-jährige Frau, die heute 5800 Franken verdient, nach der Pensionierung 36'900 Franken und ein 36-jähriger Mann, der heute monatlich 6000 Franken verdient, gar 51'600 Franken verlieren würde.

Das zweite vorgebrachte Argument ist der Finanzierungsengpass: die Pensionskassen haben risikoreich und spekulativ investiert, hohe Gewinne eingestrichen und die Finanzkrise führt nun zu einer Unterdeckung gewisser Kassen. Nun sollen die Versicherten zur Kasse gebeten werden. Dabei ist für die Mehrheit der Unternehmen die Krise bereits vorbei, die Verluste sind kompensiert, somit werden mit dieser Senkung wiederum die Gewinne gesteigert und diese sind immer noch nicht reglementiert. Das ist inakzeptabel.

Mit AHV und BVG sollte ungefähr der gleiche Lebensstandard gehalten werden können, was bei dieser Entwicklung nicht mehr der Fall wäre, es sei denn mit zusätzlichen Versicherungsleistungen wie 3. Säule oder Lebensversicherung bei den Wohlhabenden.

Man muss zu diesem Rentenklau klar nein sagen.

Marcel Wüthrich, BE möchte seine Präsentation vorführen: als Berner Grüner und als ein für eine Kasse arbeitender Experte plädiert er für ein „Ja“, vor allem zur Kompensation der demographischen Überalterung.

Christian van Singer, CN VD: Die Überalterung wurde bereits kompensiert. Man will von uns, dass wir Gewinnausschüttungen an Privataktionäre akzeptieren, aber dass die Verluste durch eine Senkung der Leistungen abgefangen werden. Also kann man wirklich von Rentenklau sprechen!

Marlies Bänziger, NR ZH: Die Reduktion der Leistungen soll die durch die Krise verursachten Verluste ausgleichen, warum wird eigentlich nicht von den Chefgehältern gesprochen, von der Wahlfreiheit etc. Wenn die AHV und die 2. Säule nicht ausreichen, sind es die Gemeinden und die Sozialversicherungen, die für die Misswirtschaft der Kassen aufkommen müssen. Nicht einverstanden.

Michel Seiler, BE: Man sollte nicht von Diebstahl sprechen, man sollte Anlagen zur Rentensicherung tätigen, das sei nicht mehr grüne Politik. Er plädiert für ein Ja.

Alec von Graffenried, Nationalrat BE: Im Dez. 07 waren die Grünen empört über die Leitung der Banken und über die ausgerichteten Boni. Aber in der laufenden Debatte über eine minimale Anpassung im Rahmen der Überalterung hätte man den Zinssatz auf 4% anheben wollen. Deshalb schliesst er sich Michel Seiler an.

Luc Recordon: Das System der 2. Säule ist nicht besser als die AHV bezüglich Gleichheit und Solidarität. Jetzt, da beinahe alle versichert sind, werden die Schwächen aufgedeckt: Man musste für die Personenfreizügigkeit kämpfen, die grossen Kassen funktionieren weniger gut als die Kassen der Unternehmen, um nicht zu sprechen von den Richtlinien zur Unterdeckung, es gibt technische Mängel die nicht beherrschbar sind. Und heute soll man glauben dass die Zukunft vorausgesagt werden könne, indem nur der steigenden durchschnittlichen Lebenserwartung Rechnung getragen wird, ohne zu berücksichtigen, dass verschiedene Faktoren die demographische Entwicklung beeinflussen können. Man wird immer noch die Taktik korrigieren können, wenn sich die Entwicklung bestätigen sollte, ohne dass man bereits heute eine dauerhafte und nicht korrigierbare Ungerechtigkeit schafft.

Die Delegierten empfehlen ein Nein mit grosser Mehrheit (7 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen)

5. GLEICHSTELLUNG :

Papier zur Gleichstellung „Frauen + Männer = ? - Grüne Positionen zur Geschlechterdemokratie im 21. Jahrhundert

Franziska Teuscher, Vize-Präsidentin und Moderatorin : Wegen der 1.5stündigen Verspätung schlägt sie folgende 2 Möglichkeiten vor: den Sachteil beibehalten mit der Präsentation

Frauenförderungsprogramms mit Film, ansonsten sich darauf beschränken zu entscheiden, was mit diesem Positionspapier gemacht wird, ohne auf die inhaltlichen Anträge einzugehen, oder aber die Debatte bis um 17 Uhr verlängern. Niemand spricht sich für eine Verlängerung aus und die Versammlung ist einverstanden, die Inhaltsdiskussion zu verschieben. PS: In den Medien hat die Passage über die Beschneidung eine grosse Polemik hervorgerufen: eine Präzisierung drängt sich auf: Weder die Geschäftsleitung noch der Vorstand wollen die Beschneidung verbieten oder verurteilen... also wurde mit dem Einverständnis der VerfasserInnen beschlossen, diesen Satz zu streichen.

Therese Frösch, Nationalrätin Bern, Verantwortliche Taskforce (Arbeitsgruppe): Alles wurde verschoben, geplant war das folgende Vorgehen: Neben den sehr zahlreichen inhaltlichen Änderungsanträgen hatte man zwei grundsätzliche Vorschläge: Denjenigen der Geschäftsleitung, zwei Etappen zu machen, und denjenigen der Zürcher Grünen, das Papier zurückzuweisen und eine neue Arbeitsgruppe einzusetzen. Wird diesem Antrag stattgegeben, übernehmen Vorstand und Geschäftsleitung die Weiterführung und die Arbeitsgruppe wäre gesamthaft demissioniert. Wenn nicht, wird die Arbeitsgruppe die Vorschläge prüfen und in der Folge einen Workshop zur Überarbeitung organisieren.

Jeannine Kosch, ZH, präzisiert, dass ihr Rückweisungsantrag und die Ausarbeitung eines neuen Projekts nicht eine neue Arbeitsgruppe voraussetzen würde. Das Papier sei nicht positiv genug formuliert, es vermische Analysen und Forderungen, sei zu lang, behandle die Themen nicht gleich, es herrsche Mangel an Kohärenz zwischen intern und gesellschaftlich, die Positionen würden von den Grünen nicht einstimmig vertreten. Sie ist einverstanden mit der Idee des Workshops. Es sollte kürzer, klarer, zusammenhängender werden – kurz ein praktisches politisches Arbeitsinstrument.

Tobias Kuhnert, (BE): Wird die Arbeitsgruppe weiter machen oder nicht? Dieses Dokument scheint ausgewogen, man sollte wenigstens die Eintretensdebatte führen.

Franziska Teuscher: Die Eintretensdebatte würde zu lange dauern, und wir haben beschlossen, die Diskussion zu verschieben. Das neue Dokument mit den eingebrachten Bemerkungen wird an der nächsten DV unterbreitet.

Laurent Rebeaud, VD: Eintretensdebatte und Vorschlag von Zürich, das käme im Grundsatz auf das Gleiche hinaus. Er möchte eine Rückweisung an die bestehende Arbeitsgruppe, die die Anträge aufnimmt, analysiert, mit Einbezug der Kantone und ohne Zeitdruck. Weniger Schwerpunkt auf die Wirtschaft, dafür auf die Biologie und die Kultur. Ein kürzer formuliertes Papier, einvernehmlicher.

Marie Schaffer, VD: Zusammensetzung der Arbeitsgruppe: Bitte verbessert die Repräsentation der Romandie.

Bastien Girod, ZH: Wenn Forderungen gemacht werden, die andere Bereiche berühren, zieht bitte Parteiexperten hinzu (Klima etc.)

Claire Magnin, Biel ist für die Überarbeitung des Titels. Ausserdem regt sie an, das Papier in einen aktuellen Rahmen zu stellen, die Krise mit einzubeziehen, nochmals den Forderungskatalog zu überprüfen: 13 Anforderungen und keine einzige zur Lohngleichheit! Die Schlussredaktion sollte von einer einzigen Person gemacht werden, um Einheitlichkeit zu schaffen.

Anne-Catherine Ménétreay, VD: Es beruhigt ein wenig, dass Zürich die Gleichstellung als Thema angeht und nicht die Arbeitsgruppe entlassen will. Das reicht aber nicht, wenn man nicht die genaue Richtung findet und nicht klar ist, ob man grundsätzlich einen anderen Inhalt will. Man kann nicht einfach alles neu überarbeiten, der Text ist richtig, bezieht sich auf die angestrebten Ziele und wurde präzise und zeitgemäss abgefasst, er ist beherzt und innovativ, dokumentiert, auch wenn Mängel vorhanden sind (Titel und erstes Kapitel, ungeschickte Redaktion).

Ulla Blume, ZH: Verlangt eine Abstimmung über den Rückweisungsantrag von Zürich, um festzulegen, ob man ein neues Dokument ausarbeiten will mit einer erweiterten Arbeitsgruppe.

Johanna Wälti, BE: Es braucht mehr als einen Mann in der Gruppe.

Andreas Kyriacou: Wenn man die Grundsatzdebatte nicht führen kann, bitte jedoch die Punkte zur Diskriminierung der Männer und die Beschneidung angehen (nicht den Journalisten überlassen).

Verschiedene andere Interventionen betreffen bereits erwähnte Punkte.

Abstimmung über den Vorschlag von Ulla (Wahl über den Antrag von Zürich, wie sie ihn zusammengefasst hat): 76 Ja-Stimmen gegenüber 46 Nein-Stimmen

Wahl über den Rückweisungsantrag von Zürich: Rückweisung des Positionspapiers mit kompletter Überarbeitung

Der Antrag von Zürich wurde angenommen mit 98 Ja-Stimmen gegenüber 48 Nein-Stimmen.

b) Frauenförderungsprogramm

- Zusammenfassung:

Sulamith Reimann: Die erste Frage ist: Wieso dieses Programm und wieso bei den Grünen, die für ihre Bemühungen zum Thema Gleichstellung bekannt sind. Das Programm ist trotzdem wichtig, nicht nur für die Chancengleichheit, sondern auch, um Frauen in ihrem Bestreben zu unterstützen, sich in der Politik zu engagieren, insbesondere in der Exekutive. 2 Akzente des Mentoringprogramms:

Unterstützung von erfahrenen Politikerinnen im Vor- und Nachwahlkampf, zwei Seminare zu Rhetorik und Medienarbeit. Im Oktober erfolgte ein erstes Zusammentreffen von Mentorinnen und 24 Mentees (davon 4 Männer), mit einem nationalen Pilotprojekt. Das Programm soll im nächsten Jahr wieder durchgeführt werden.

Franziska Teuscher bedankt sich und stellt den Film vor. Dieser wird von der DV mit Applaus bedacht und bei Katja Krtschek verdankt, die für die Realisation verantwortlich war.

6. DIVERSES :

Initiative 1:12 von der JUSO (s. Einladung)

Yann Golay : Der Vorstand hat beschlossen, diese Initiative zu unterstützen mit einem finanziellen Betrag von 1000 und Versand von Unterschriftenbogen.

Aline Trede präsentiert den Inhalt. In Kürze, die diesen Sommer lancierte Initiative verlangt, dass in einem Unternehmen der Maximallohn nicht mehr als 12-mal den Minimallohn überschreiten darf.

Die Unterstützung der Initiative wird durch 114 Ja- gegenüber 3 Nein-Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen

Verdankungen

Blaise Kropf bedankt sich bei allen Anwesenden, Ueli Leuenberger schliesst sich ihm an und bedankt sich im Besonderen bei den Berner Grünen für die gute Organisation, bei den beiden Übersetzerinnen, Nicole Stoll und Hélène Béguin und die geleistete Arbeit, bei Trix Rychener für die technische Ausstattung, beim Sekretariat für die Vorbereitung sowie bei den Grünen der Stadt für den Apéro, zu dem alle herzlich eingeladen sind.

Leo Amstutz bedankt sich im Namen der Grünen Nidwalden für die Kollekte von ca. 2060.00) und lädt die Delegierten für eine der kommenden DVs in seinen Kanton ein.

Die DV endet um 16.15 Uhr.

Bern, Januar 2010, Sylvie Ricci, Übersetzung ins Deutsche Monika Loosli